

„Von zivilem Ungehorsam und Klimagerechtigkeit: Eine Grundlegung“

In: *Kippunkte: Strategien und Visionen der Klimabewegung* (Manuel Grebenjak, Hg.), Unrast Verlag, Januar 2024.

Jede soziale Bewegung beruft sich auf historische Vorgänger*innen und deren Konzepte. In der Klimabewegung sind unter anderem ziviler Ungehorsam und Klimagerechtigkeit besonders zentral. Dabei gibt es keineswegs das *eine* Konzept von zivilem Ungehorsam. Auch ist oft nicht ganz klar, was genau gemeint ist, wenn sich Gruppen oder Personen auf Klimagerechtigkeit beziehen. Eine Spurensuche, die versucht, mit einigen Missverständnissen aufzuräumen, die es rund um diese Begriffe gibt.

Eraldo Souza dos Santos ist Philosoph und Historiker und forscht zu zivilem Ungehorsam.

Sina Reisch arbeitet beim Konzeptwerk Neue Ökonomie, ist schon viele Jahre in der Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv und erzählt im Podcast „Geschichte der kommenden Welten“ von linker Geschichte.

Liegt der Ursprung des zivilen Ungehorsams wirklich bei Thoreau?

„Die Geschichte des zivilen Ungehorsams ist die Geschichte eines Missverständnisses“, schreibt der italienische Historiker Raffaele Laudani¹. Im Verständnis vieler beginnt diese Geschichte beim US-amerikanischen Autor und Philosophen Henry David Thoreau.

Im Juli 1846 verbrachte Thoreau eine Nacht im Gefängnis, da er sich weigerte, seine

Kopfsteuer zu zahlen. Er tat dies, um gegen die Ungerechtigkeiten seiner Regierung zu protestieren, insbesondere gegen die institutionelle Unterstützung der Sklaverei und die Erklärung des Mexikanisch-Amerikanischen Krieges. Für Thoreau hätte die Zahlung der Kopfsteuer bedeutet, eine ungerechte Regierung zu unterstützen.

Der Vortrag, in dem er die Gründe für sein Handeln darlegte, *Die Rechte und Pflichten des Einzelnen in Bezug auf die Regierung*, wurde 1849 unter dem Titel *Widerstand gegen die Zivilregierung* veröffentlicht. Diesen Essay sehen seitdem viele Autor*innen und Aktivist*innen als den grundlegenden Text der Tradition des zivilen Ungehorsams und sogar als die erste theoretische Rechtfertigung dieser Form des politischen Handelns. Der Text wurde im Jahre 1866, als Thoreau schon vier Jahre lang tot war, unter dem Titel *Ziviler Ungehorsam* neu veröffentlicht.

Bis heute scheint es aber keinen veröffentlichten oder unveröffentlichten Text Thoreaus zu geben, in dem er selbst von „zivilem Ungehorsam“ geschrieben hätte. So kann die Geschichte des Begriffs nicht verstanden werden, ohne die reiche und sogar widersprüchliche Rezeption von Thoreaus Aufsatz und insbesondere seine quasi „Heiligsprechung“ als erster Theoretiker in einer langen Tradition des gewaltfreien Widerstands gegen Ungerechtigkeit und Tyrannei zu berücksichtigen. Die Rezeption von Thoreaus Aufsatz unter Pazifist*innen zeigt, dass diese Worte – „ziviler Ungehorsam“ – eine besondere Rolle in deren Aktivismus gespielt haben. In den meisten Fällen waren diese Worte wichtiger und einflussreicher als der Inhalt von Thoreaus Text selbst.

Der Begriff „ziviler Ungehorsam“ beginnt vor allem nach der Veröffentlichung von Auszügen aus Thoreaus Aufsatz in *Indian Opinion* (1903-1915) zu zirkulieren, einer von Mohandas »Mahatma« Gandhi gegründeten Zeitung zur Verteidigung der Gleichberechtigung der indischen Einwanderergemeinschaft in Südafrika.

Gandhis radikales Verständnis von zivilem Ungehorsam

Für Gandhi setzt ziviler Ungehorsam jedoch nicht die Legitimität des politischen Systems und der Regierung voraus; er setzt auch nicht voraus, dass nur ungerechte Gesetze missachtet werden können oder müssen. Wichtiger ist für ihn, dass der zivile Ungehorsam „vollständig“ sein kann. Wie Gandhi 1921 schreibt:

„Ich sehe deutlich die Zeit kommen, in der ich Gehorsam gegenüber jedem einzelnen staatlichen Gesetz ablehnen muss, auch wenn es die Gewissheit eines Blutvergießens geben mag. (...) Vollständiger ziviler Ungehorsam ist ein Zustand friedlichen Aufstands – eine Weigerung, auch nur einem einzelnen der vom Staat erlassenen Gesetze zu gehorchen. Das ist sicherlich gefährlicher als ein bewaffneter Aufstand.“²

Ziviler Ungehorsam war demzufolge für Gandhi radikal. Wenngleich die Ungehorsamen allen moralischen Gesetzen gehorchen müssten (z.B. „Du sollst nicht töten“), sollten und müssten sie gegen die vom Staat erlassenen Gesetze Widerstand leisten. Die meisten westlicher Leser*innen interpretierten jedoch eine bewusste, gewaltfreie und öffentliche Form des Widerstands als den Kern seiner Theorie und Lehre. So wurde Gandhis politische Philosophie genutzt, um zentrale Werte und Prinzipien der westlichen Staaten zu stärken und zu rechtfertigen. Seine radikale Kritik des Staats und des Rechts fand weit weniger Beachtung.

Woher kommt unser heutiges Verständnis von zivilem Ungehorsam?

Unsere zeitgenössische Auffassung von zivilem Ungehorsam entstand im Zusammenhang mit der Entwicklung der *Law and Order*-Politik in den USA während

der 1960er und Anfang der 1970er-Jahre³. Der Ausdruck hatte bis dahin eine schwankende Bedeutung. Während einer lange geführten öffentlichen Debatte zwischen Konservativen und Radikalen versuchten liberale Theoretiker*innen wie Ronald Dworkin und John Rawls, sowie radikalere Autor*innen wie Hannah Arendt und Howard Zinn, dem Begriff ziviler Ungehorsam einen genauen Inhalt zu geben.

Konservative warfen der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung vor, für die steigenden Kriminalitätsraten in den USA verantwortlich zu sein. Doch Radikale aus verschiedenen Bewegungen von Schwarzen, Studierenden sowie der Anti-Kriegs-Bewegung hielten dem entgegen: Es sei notwendig, auf militantere oder revolutionärere Aktionsformen zurückzugreifen, um die von der US-Regierung im In- und Ausland begangene Ungerechtigkeit zu bekämpfen.

In diesem historischen Kontext wurden die meisten Theorien des zivilen Ungehorsams formuliert, die heute noch einflussreich sind. Seit den 1940er-Jahren versuchten Aktivist*innen und Theoretiker*innen auf den Einwand zu antworten, ziviler Ungehorsam sei mit den Grundwerten eines Verfassungssystems unvereinbar. Nach Mitte der 1960er-Jahre kamen jedoch neue Aspekte in der Debatte zum Ungehorsam in den USA.

Darf sich ziviler Ungehorsam nur auf ungerechte Gesetze beziehen?

Nach der Verabschiedung des Stimmrechtsgesetzes von 1965, das rassistisch diskriminierende Wahlpraktiken verbieten sollte, wurde ziviler Ungehorsam für viele Aktivist*innen und Theoretiker*innen ungerechtfertigt. Das Argument: Die Bürgerrechtsbewegung habe ihr Ziel erreicht, da Afroamerikaner*innen nun als

Bürger*innen vollständig am Wahlprozess teilnehmen konnten. Illegaler Protest sollte durch „institutionelle Aktionen“ ersetzt werden, so argumentierte beispielsweise der afroamerikanische Aktivist Bayard Rustin⁴.

Der Rückgriff auf zivilen Ungehorsam zur Armutsbekämpfung oder zum Protest gegen den Vietnamkrieg wurde daher als undemokratisch angesehen. Wie Abe Fortas, Richter am Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten, in dem ersten Buch schrieb, das jemals dem zivilen Ungehorsam gewidmet war, wäre „indirekter“ Ungehorsam, den er als „Kriegstechnik“ bezeichnet, im amerikanischen System nicht zu rechtfertigen. Denn ziviler Ungehorsam müsse auf Gesetze beschränkt sein, die verfassungswidrig und damit ungültig sind. Weitere Ungerechtigkeiten könnten über politische oder juristische Kanäle wie Rechtsprotest und gerichtliche Überprüfung protestiert und behoben werden⁵.

Das liberal-bürgerliche Verständnis von zivilem Ungehorsam

Wichtig ist, dass die Geschichte des zivilen Ungehorsams nicht verstanden werden kann, ohne die Krise zu berücksichtigen, in der sich der amerikanische Liberalismus in diesem historischen Moment befand. Trotz Lyndon B. Johnsons *War on Poverty*-Politik, die als der effektivste Weg zur Reduzierung der Kriminalität galt, stiegen die Kriminalitätsraten während seiner Amtszeit weiter an. Als Nixon die Wahl von 1968 gewann, radikalisierte er den von seinem Vorgänger 1965 erklärten *War on Crime*. Im Jahr 1972 erklärte er seinerseits einen begleitenden *War on Drugs*. Da die Anschuldigungen der Konservativen gegen soziale Bewegungen in der öffentlichen Meinung an Glaubwürdigkeit gewannen, versuchten Theoretiker des zivilen Ungehorsams, einen eindeutigen Unterschied zwischen kriminellen und revolutionärem einerseits und demokratischem Ungehorsam

andererseits herzustellen.

Diese amerikanische Tradition ist diejenige, die am meisten unsere heutigen politischen Vorstellungen prägt und unseren politischen Horizont beschränkt. Im deutschsprachigen Raum wurde sie durch die Schriften von Jürgen Habermas in den 1980er-Jahren durch die Schriften von Jürgen Habermas einflussreich⁶.

Was heißt das für die Klimagerechtigkeitsbewegung heute?

Der zivile Ungehorsam hat also eine vielfältige Begriffsgeschichte. Sowohl radikale Staatskritiker*innen, als auch bürgerliche Liberale können denselben Begriff verwenden und sehr unterschiedliche Dinge meinen.

Die deutschsprachige Klimabewegung hat keinen einheitlichen theoretischen Überbau. Die theoretischen und historischen Bezüge sind vielmehr eine Mischung verschiedener sinnstiftender Geschichten und Konzepte. Eine politische Gruppe kann ihren zivilen Ungehorsam gleichzeitig mit Bezügen zu Thoreau, Gandhi, Rosa Parks und Arendt begründen, obwohl sich die Konzepte in einigen Aspekten widersprechen. Eine solche Offenheit für verschiedene Konzepte ist durchaus eine Stärke. Jedoch ist es dabei notwendig, deren Unterschiede zu kennen und diskutierbar zu machen.

Klimagerechtigkeit

Ähnlich verhält es sich mit dem Konzept der Klimagerechtigkeit. Auch hier kursieren verschiedene Verständnisse, was häufig zu hitzigen Debatten führt.

Das Konzept der Klimagerechtigkeit versteht den Klimawandel nicht nur als naturwissenschaftliches Problem, sondern auch als gesellschaftliches. Es betont soziale Ungleichheiten, die historische Verantwortung des globalen Nordens, die Rolle von Kolonialismus und Kapitalismus in Bezug auf die Klimakrise. Das erste und wichtigste Grundlagen-Dokument sind die Bali Principles of Climate Justice von 2002⁷. Als ein weiterer Ursprung des Begriffs Klimagerechtigkeit wird meist die Schwarze Umweltgerechtigkeitsbewegung in den USA der 1970er- und 80er-Jahre genannt.

Umweltgerechtigkeit

In North Carolina hatte das Unternehmen WTC (Ward Transformer Company) jahrelang Giftmüll entlang einer Autobahn illegal entsorgt. Als der Skandal 1982 aufflog, waren große Flächen bereits mit PCB verseucht. (PCB ist ein Umweltgift, das seit 2001 weltweit verboten ist.) Eine neue Giftmülldeponie musste her.

Als Standort wurde ausgerechnet Warren County ausgewählt, wo vor allem Schwarze Menschen mit niedrigem Einkommen lebten. Nicht nur für die Bewohner*innen war offensichtlich: Hier werden Umweltprobleme bei einer gesellschaftlichen Gruppe abgeladen, die schon auf andere Weisen vielfältig unterdrückt und diskriminiert wird. Man stelle sich vor, wie groß der öffentliche Aufschrei gewesen wäre, wenn der Giftmüll in der Nähe eines weißen Villenviertels abgeladen worden wäre! Die Bewohner*innen organisierten sich und sorgten selbst für den öffentlichen Aufschrei, der ihnen normalerweise verwehrt geblieben wäre, weil sie eben keiner privilegierten Gruppe angehörten.

An solchen Beispielen zeigt sich, dass Umweltschutz zu kurz greift, wenn lediglich die

eigene Umgebung nicht verschmutzt wird. (Dieser Ansatz wird auch NIMBY genannt: *Not In My Backyard*.) Umweltverschmutzung ist in gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen eingebettet. In einer rassistischen und klassistischen Gesellschaft sind es Schwarze Menschen mit wenig Geld, bei denen der Müll abgeladen wird. Die Forderung auch an die weiße Umweltbewegung lautete daher auch, gesellschaftliche Strukturen in ihre Analysen aufzunehmen. Es reicht nicht, für Umweltschutz zu kämpfen. Man muss für *Umweltgerechtigkeit* kämpfen.

Wie genau die begriffliche Entwicklung von Umwelt- zu Klimagerechtigkeit stattgefunden hat, ist nicht ganz klar. Fest steht nur, dass 2002 eine internationaler Allianz verschiedener NGOs (darunter viele indigene Organisationen) die *Bali Principles of Climate Justice* verabschieden.

Klimagerechtigkeit als ideeller Überbegriff

“Klimagerechtigkeit” meint demnach also diejenigen Gerechtigkeits-Fragen, die direkt mit der Klimakrise in Zusammenhang stehen. Für viele Klimaaktivist*innen ist es jedoch der ideelle Überbegriff geworden, unter den sich alle anderen Themen subsumieren lassen. Ist das sinnvoll?

Ein Beispiel: Geschlecht spielt in der Klimakrise ganz klar eine Rolle. So sterben z.B. in Flutkatastrophen häufig überproportional viele Frauen, weil in vielen Ländern nur Männer schwimmen lernen. Auch sind vielerorts Frauen für die Subsistenz-Landwirtschaft verantwortlich, also die Ernährung der Familie. Wenn aufgrund von Trockenheit Wasserstellen versiegen, sind es ebenfalls Frauen, die die längeren Wege bewältigen müssen. Das Patriarchat muss also in Debatten um Klima(un)gerechtigkeit

mitbedacht werden.⁸

Doch heißt das, dass alle feministischen Anliegen sich unter “Klimagerechtigkeit” fassen lassen? Ist der Kampf für einen besseren Zugang zu geschlechtsangleichenden Operationen automatisch auch ein Teil von Klimagerechtigkeit, obwohl ein Zusammenhang zur Klimakrise kaum hergestellt werden kann?

Ja, denn der Kampf für eine befreite Gesellschaft schließt sowohl Klimagerechtigkeit, als auch Geschlechtergerechtigkeit mit ein. Klar ist auch, dass es Schnittmengen gibt. Doch wieso ist es für so viele Klimabewegte attraktiver, Klimagerechtigkeit als ideellen Überbegriff zu nutzen und alle anderen Gerechtigkeitsfragen darunter zu subsumieren, auch wenn diese nicht mehr allzu viel mit der Klimakrise zu tun haben? Warum ist nicht z.B. *Sozialismus* der ideelle Überbegriff, mit Klimagerechtigkeit als einem Aspekt davon?

Klimagerechtigkeit oder Öko-Sozialismus?

Auf den Fall der Sowjetunion ab 1989 folgte der Siegeszug des Neoliberalismus. Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama verkündete “das Ende der Geschichte”, denn das westliche Staats- und Wirtschaftssystem habe sich endgültig durchgesetzt. Es herrschte TINA: *There is no alternative*.

Dieser Bruch und das Wissen um die Fehler, die im Namen des Sozialismus gemacht wurden, hat sehr viel am Selbstverständnis derer verändert, die sich für eine befreite Gesellschaft einsetzen wollen. Man möchte lieber mit Begriffen arbeiten, die nicht vorbelastet sind. Das macht vieles leichter, weil man sich weniger erklären muss. Es hat

aber auch klare Nachteile, denn es geht eine Geschichtsvergessenheit damit einher. Man verschließt die Augen, statt sich in die historische Tradition von Bewegungen zu stellen, die ähnliches wollten wie die aktuellen, statt ihre Fehler zu analysieren und Schlussfolgerungen für heute zu ziehen.

Bini Adamczak schreibt 2021 in “Gestern Morgen”:

“Die vergangenen Kämpfe um die Zukunft zu begraben bedeutet unter den fortwirkenden Bedingungen der Niederlage nichts anderes als die Zukunft selbst, eine andere Zukunft zu begraben. Indem sie ihre Utopie rein halten wollen von den gewesenen Gemetzeln [...] halten sie ihren Traum rein von der Geschichte der Macht und den Kämpfen um sie”.⁹

Wer heute die Welt verändern will, sollte sich mit der Geschichte von gesellschaftlichen Transformationen beschäftigen – und wird dabei immer wieder erstaunt feststellen: Viele unserer Diskussionen haben Menschen vor Jahrzehnten oder sogar Jahrhunderten bereits geführt. Es gibt viel von vergangenen Kämpfen zu lernen, gerade auch von den Fehlern, die linke Kräfte im Laufe der Geschichte gemacht haben. Dies ist also ein Aufruf, den Blick zu weiten und genau zu überlegen, auf welche Konzepte und Kämpfe man sich wie beziehen möchte.

¹ Laudani, Raffaele: *Disobedience in Western Political Thought: A Genealogy*, Cambridge 2013, S. 91.

² Gandhi, Mohandas: Letter for V. S. Srinivasa Sastri (Bombay; February 9, 1919), In: *The Collected Works of Mahatma Gandhi (Electronic Book)*, Volume 24, New Delhi 1999, S. 46.

³ Siehe Flamm, Michael: *Law and Order. Street Crime, Civil Unrest, and the Crisis of Liberalism in the 1960s*, New York 2005.

⁴ Rustin, Bayard: *From Protest to Politics: The Future of the Civil Rights Movement*. In: Carbado, Devon / Weise, Donald (Hg.): *Time on Two Crosses: The Collected Writings of Bayard Rustin*, Jersey City 2015, S. 116–129.

⁵ Fortas, Abe: *Concerning Dissent and Civil Disobedience*. New York 1968, S. 61–62.

⁶ Habermas, Jürgen: *Ziviler Ungehorsam. Testfall für den demokratischen Rechtsstaat*. In: Glotz, Peter (Hg.): *Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat*. Frankfurt am Main 1983, S. 29–53.

⁷ Siehe <https://www.ejnet.org/ej/bali.pdf>

⁸ Siehe <https://www.carbonbrief.org/mapped-how-climate-change-disproportionately-affects-womens-health/>

⁹ Auch hier auf S. 10:

https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Maulwurfsarbeit_II.pdf